



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XVI/249 - 4. November 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 -1a	<u>Keine "Sternstunde"</u> Nach der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP	
2	<u>Bundeshaushalt 1962 unter Zeitdruck</u> Auch eine Folge der verschlepten "Koalitionsverhandlungen"	47
3 - 4	<u>Enteilbare Menschlichkeit</u> Aus der segensreichen Tätigkeit des Internationalen Roten Kreuzes Von Bruno Kuster, Genf	55
4	<u>Der Irrtum des Professors Corbett</u> Der Leninismus und das deutsche Problem	53
5 - 6	<u>Maghrebinische Einigung, Traum oder Wirklichkeit? (I)</u> Bevölkerungsmosaik Von Werner Plum	84
7	<u>M&B Kurt Pohle†</u> Trauer um einen großen Sozialpolitiker	44

* * * *
* * *

Keine "Sternstunde"

Nach der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP

so - Die sichtbarste "Substanz" der jetzt nach vielen Ränkespielen zustande gekommenen Vereinbarung über die Regierungsbildung zwischen CDU/CSU und FDP ist der Vorsatz der beiden "Koalitionspartner", sie wollten darüber wachen (auf gut deutsch: sich gegenseitig b e l a u - e r n), dass keiner von ihnen während der kommenden Legislaturperiode die Sozialdemokratie als Partner zulässt. Abgesehen davon, dass es sich hierbei um eine verfassungswidrige Festlegung handelt - der einzelne Abgeordnete ist laut Grundgesetz nur seinem Gewissen gegenüber verpflichtet! - charakterisiert sich die neue Regierung damit als anti-sozialdemokratische Konstruktion, deren Aufgabe darin zu bestehen scheint, die solideste und zuverlässigste Kraft der deutschen Demokratie, die Sozialdemokratie, von der unmittelbaren Mitgestaltung unseres Staatslebens fernzuhalten.

Die Sozialdemokratie wird sich dadurch nicht beirren lassen. Auch in der Opposition wird sie nach wie vor als staatserhaltende Kraft wirksam sein, weil sie weiss, dass sie mehr Substanz hat, als der jetzt in Bonn zusammengewürfelte Klüngel. Wenn niemand mehr die Namen der in den letzten Wochen bis zum Überdruß genannten Akteure kennt, wird es noch immer eine Deutsche Sozialdemokratie geben, die mit ihren jetzt 700 000 Mitgliedern und rund 12 Millionen Wählern in der Bundesrepublik d a s Fundament der deutschen Demokratie bleibt.

Alles andere, besonders aber die Bewertung der einzelnen Paragraphen des "Koalitionsabkommens", wird sich aus der politischen Praxis der kommenden Wochen und Monate ergeben. Wir wissen nicht, wie den Vertretern des Arbeitnehmerflügels in der CDU/CSU zumute ist und mit welchen Gefühlen jene Männer an diesem Wochenende in ihre Wahlkreise zurückgekehrt sind, die ehrlich bemüht waren, der neuen Regierung Impulse zu geben, die jenseits der Kontenbücher der in und hinter der CDU und FDP tätigen Vertreter des Finanz- und Industriekapitals zu finden sind. Das aber müssen sie unter sich ausmachen, denn wenn auch die Deutsche Sozialdemokratie schon oft bereit war, fortschrittlichen Gruppen in anderen Parteien zu helfen, deren Vorstellungen in der Tagespolitik Gestalt zu geben, so wird sie jetzt deutlicher als bisher auch in Plenarsitzungen des Bundestages den Bekannertum herausfordern, der gelegentlich nur bei Ausschusssitzungen in aller Stille sichtbar wurde. Hierbei wird sich bald herausstellen, wer wirklich das seinem Wähler gegebene Wort hält oder wer sich hinter Vereinbarungen verschanzt, die das Ergebnis undurchsichtiger Ränkespiele sind.

Die Klärung der Verantwortlichkeiten, besonders in der Ausgestaltung unserer sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung, wird den Abgeordneten der Sozialdemokratie jetzt umso leichter fallen, als viel mehr von ihnen denn je in ihrer Eigenschaft als d i r e k t gewählte Parlamentarier die Möglichkeit haben, die öffentliche Meinungsbildung

in ihrem unmittelbaren Wirkungsbereich zu beleben.

Zweifellos wird sich jedoch das Hauptinteresse der deutschen und internationalen Öffentlichkeit an den nächsten Schritten der neuen Regierung auf die Frage konzentrieren, welchen Beitrag die Bundesrepublik zur Bewältigung der grossen Ost-West-Probleme zu leisten gewillt ist. Hierbei geht es nicht nur um die Berlin- und Deutschlandfrage; auch die Fortsetzung und notwendige Belebung der europäischen Integrationspolitik stehen auf der Tagesordnung.

Wie man Adenauer kennt, wird er sich so verhalten, als habe es keinen 13. August 1961 gegeben und als könne die Problematik der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden mit der Wiederholung von Sätzen aus den Regierungserklärungen der Jahre 1953 und 1957 gelöst werden.

Von dem neuen Aussenminister Schröder, zu dessen innenpolitischen Kontaktarmut nun noch die aussenpolitische Unerfahrenheit kommt, dürfte man kaum mehr erwarten, als die von verhaltenem persönlichem Ehrgeiz geprägte Gefolgschaftstreue zum Altbundeskanzler.

Neue Impulse? - Ein Mann, der es fertigbrachte, durch unüberlegte Gesetzentwürfe sogar seine eigenen Parteifreunde in die Schlacht gegen sich selbst zu führen, ist prädestiniert dazu, die für das deutsche Volk ausserordentlich schwierige Situation völlig zu verfahren. Da ausserdem hinter und neben ihm Strauss und Erhard stehen, die darauf warten, dass der gegenwärtige Chef abgerufen wird oder selbst zurücktritt, darf niemand hoffen, dass Schröder der ihm jetzt übertragenen Aufgabe vor sich aus Inhalt geben könnte.

Was jetzt in Bonn zu einem vorläufigen Abschluss gebracht wurde, ist keine "Sternstunde" der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Es wird daher auch in den Fragen der Deutschland- und Aussenpolitik die Aufgabe der Sozialdemokratie bleiben, trotz aller Defekte in der gegenwärtigen Regierungskonstruktion, die sich sowohl in personeller wie auch in sachlicher Hinsicht manifestieren, zielbewusst einen Punkt anzusteuern, den Adenauer nicht mehr sehen kann: die Bilanz der heute noch vorhandenen Möglichkeiten einer wirkungsvollen Deutschlandpolitik.

Diese von der Sache her für die deutsche Politik sich ergebende Aufgabe kann und darf nicht im engen Rahmen parteipolitischer oder koalitionsbedingter Überlegungen gelöst werden. Sie steht jenseits der im Augenblick sichtbaren Gegensätze.

Bundeshaushalt 1962 unter Zeitdruck

sp - Das Tauziehen um die Regierungsbildung hat auch für die Haushaltswirtschaft des Bundes unangenehme Folgen. Der Haushalt des laufenden Jahres wird zwar wenig davon betroffen, denn der Bundeshaushaltsplan 1961 ist bereits weitgehend vollzogen. Die neue Bundesregierung wird auf die Bewirtschaftung der restlichen Mittel kaum noch Einfluß nehmen können. Dagegen hat sich die Vorlage des Haushaltsentwurfs für 1962 durch die Koalitionsverhandlungen der vergangenen Wochen unnötig weiter verzögert. Es läßt sich zur Zeit immer noch nicht übersehen, wann der Regierungsentwurf im Bundestag eingebracht werden kann. Sicher ist lediglich, daß dies vor Beginn des neuen Rechnungsjahres in keinem Fall mehr möglich ist. Die erste Lesung im Bundestag könnte frühestens Mitte Januar 1962 stattfinden. Das würde aber voraussetzen, daß es der neuen Regierung noch gelingt, den Haushaltsentwurf 1962 bis Ende November im Kabinett durchzupauken, damit die Vorlage noch vor Weihnachten den Bundesrat im ersten Durchgang passieren kann. Theoretisch ist dies zwar möglich, aber es gehört schon sehr viel Optimismus zu dieser Annahme.

Der noch amtierende Bundesfinanzminister Etzel hat zwar den Entwurf für 1962 noch vor der Bundestagswahl vorbereitet, aber in einigen entscheidenden Punkten (z.B. Verteidigung, Entwicklungshilfe, Grüner Plan) nicht die Zustimmung seiner Ressortkollegen gefunden. Praktisch ruhen die Vorarbeiten des Bundesfinanzministeriums seit Juli!

Selbst wenn es dem neuen Bundesfinanzminister gelingt, sich schnell in dem Zahlenwerk des Haushalts zurecht zu finden und Einvernehmen über die offen gebliebenen Fragen zu erzielen, dürften einige Wochen vergehen, bevor der Haushaltsentwurf 1962 vom Kabinett verabschiedet werden kann. Spielraum für die Entwicklung einer eigenen finanzpolitischen Konzeption bleibt dem neuen Bundesfinanzminister aber unter diesen Umständen nicht. Abgesehen davon wird die bisherige Haushaltsplanung infolge der Ereignisse im Zusammenhang mit dem 13. August in einigen Punkten nicht unwesentlich geändert werden müssen.

Man kann sich auch kaum vorstellen, daß die neuen Bundesminister alle von ihren Vorgängern ausgehandelten Etatansätze ohne eingehende Prüfung billigen werden. Das kann keinem Ressortchef, noch dazu wenn er einer anderen Partei angehört, zugemutet werden. Schließlich trägt er für seinen Haushalt die parlamentarische Verantwortung und nicht sein Vorgänger. Ein baldiger Abschluß der Etatvorbereitungen, etwa noch in diesem Monat, erscheint daher unreal. Wahrscheinlicher ist, daß der Haushaltsentwurf frühestens im Januar 1962 dem Bundesrat vorgelegt wird. Das würde bedeuten, daß die erste Lesung im Bundestag nicht vor Februar stattfinden kann. Dann erst können die eigentlichen Beratungen im Bundestag beginnen. Bei dieser Situation ist die Frage berechtigt, ob der Bundestag den Haushaltsplan 1962 überhaupt vor den Sommerferien 1962 verabschieden kann.

Die Bundesregierung, aber auch der Bundestag wird sich etwas einfallen lassen müssen, um die Haushaltsberatungen zu beschleunigen, ohne das Budgetrecht der Abgeordneten einzuschränken, denn die Ausübung des Budgetrechts ist zugleich eine Verpflichtung dem Wähler gegenüber.

Unteilbare Menschlichkeit

Von Bruno Kuster, Genf

Zyniker mögen sich fragen, ob es nicht der Gipfel der Heuchelei sei, im Atomzeitalter von der "Humanisierung" der Kriegführung zu sprechen. Krieg ist das Gegenteil der Menschlichkeit. Ein Mord bleibt ein Mord, auch wenn er nach gegenseitig vereinbarten "Spielregeln" verübt wird.

Das ausschliesslich aus Schweizer Bürgern bestehende Internationale Komitee vom Roten Kreuz mit Sitz in Genf verfügt leider nicht über die Macht, den Krieg abzuschaffen. Es muss sich damit begnügen, die Folgen für die Betroffenen zu mildern. Als Treuhänder der vier Genfer Abkommen über den Schutz der Verwundeten, der Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung unterscheidet es nicht zwischen "Freund" und "Feind", sondern es sieht nur Menschen, die der Hilfe bedürfen. Diese bedingungslose Verpflichtung zur Menschlichkeit verleiht dem Komitee seine international anerkannte Autorität. Fördert seine weltumspannende Tätigkeit nicht eine allen Völkern gemeinsame Grundhaltung, die früher oder später den Krieg selbst ausschliesst?

Erst kürzlich wurde das Komitee aufgerufen, in den Kampf um Bizerta einzugreifen. Es erwirkte die Bergung der Verwundeten und Toten und überwachte in beiden Lagern die Behandlung der Kriegsgefangenen - 300 Tunesier in den Händen der Franzosen, 300 Franzosen in den Händen der Tunesier. Auf Anregung des Komitees fand dann unter seiner Kontrolle im Niemandsland von Bizerta der Austausch der Gefangenen statt. Menschliche Not und gegenseitige Erbitterung wurden dadurch gemildert. Noch befinden sich aber 90 französische Zivilisten in tunesischer Haft, um deren Schicksal sich das Komitee jetzt kümmert.

Da der Krieg in Algerien formell kein internationaler Konflikt ist und damit nicht unter die Bestimmungen der Genfer Konventionen fällt, besteht für die Intervention des Komitees keine rechtliche Grundlage. Doch räumte ihm seit 1955 die französische Regierung das Recht ein, Gefängnisse und Gefangenenlager zu besuchen und die Beschwerden der Insassen entgegenzunehmen. Die strikte Unparteilichkeit des Komitees auferlegt ihm absolute Diskretion, doch darf man sicher sein, dass sein Eingreifen nicht vergeblich war.

Während die Betreuung der algerischen Flüchtlinge in Marokko und Tunesien dem UN-Flüchtlings-Hochkommissariat und der Liga der Rotkreuzgesellschaften obliegt, fällt dem Komitee die delikate Aufgabe zu, der im Inneren des Landes von ihren Heimstätten vertriebenen und in Lagern untergebrachten Bevölkerung (zwei Millionen Menschen, vorwiegend Frauen und Kinder!) Hilfe zu bringen. Aus naheliegenden Gründen erfährt die Weltöffentlichkeit wenig von diesen Zuständen. Umso dringlicher ist es, durch finanzielle Unterstützung dem Komitee die Fortsetzung und Ausdehnung seiner Arbeit zu ermöglichen. - Obwohl die provisorische

algerische Regierung die Genfer Konventionen anerkannt hat, hat sie die praktische Zusammenarbeit mit dem Komitee leider noch nicht aufgenommen.

In Nepal leben gegenwärtig schätzungsweise 12 000 tibetanische Flüchtlinge unter oft sehr prekären Bedingungen. Einzig dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz ist es möglich, Lebensmittel zu verteilen und medizinische Aussenposten zu errichten. Auch wurde bereits ein grosses Siedlungsprogramm in Angriff genommen, für das fünf Millionen Schweizerfranken benötigt werden. Nicht ganz ein Drittel dieser Summe ist vorhanden. Da aus politischen Gründen auf eine internationale Sammelaktion verzichtet werden muss, ist das Komitee auf die verständnisvolle, stille Unterstützung all derjenigen angewiesen, die begreifen, worum es geht.

Jedes tatkräftige Bekenntnis zur unteilbaren Menschlichkeit fällt in unserer von Hass zerrissenen Welt besonders ins Gewicht.

+ + +

Der Irrtum des Professors Corbett

sp - Professor Corbett von der britischen Universität Sussex hat sich in einer BBC-Rundfunksendung über seine Gespräche und Erfahrungen mit kommunistischen Intellektuellen an der Humboldt-Universität Berlin und der Karl-Marx-Universität in Leipzig recht ausführlich ausgelassen. Dies sein Resümee; der kommunistische Intellektuelle wisse, daß er im Zentrum des Kräftespiels stehe, er habe das Gefühl, einen großen Teil der Verantwortung für das zu tragen, was er als das größte soziale Abenteuer aller Zeiten versteht. Es sei ein deutscher kommunistischer Staat entstanden, der "bei aller Abhängigkeit von Rußland ein eigenes Leben und eigene Kräfte entwickelt. Er wird nicht zusammenbrechen, und er kann nicht zerstört werden. Deutschland wird deshalb auf unbestimmte Zeit geteilt bleiben, ein Mikrokosmos der geteilten Welt". Man solle deshalb alles tun, um den freien Gedankenaustausch zu fördern. - So der britische Professor. Wir wissen nicht, wann er diese Gespräche mit den für sich daraus gezogenen Schlußfolgerungen geführt hat - war es nach dem 13. August, dann steht es umso schlimmer um sein politisches Urteilsvermögen. Hat er bei seinem Durchgang zur Ostberliner Humboldt-Universität nicht die Schandmauer gesehen, nicht den Stacheldraht und die hinter ihm für Verzweiflung ausgelieferten Menschen? Weiß er nichts von den über drei Millionen Männern, Frauen und Jugendlichen, die, seit sogenannte deutsche Kommunisten in Mitteldeutschland an ihrem "Arbeiter- und Bauernstaat" herumpfuschen, nach Westen flohen? Dem britischen Professor ist entgangen, daß es so etwas wie einen "deutschen Kommunismus" nicht gibt. Dieses Regime, mit dessen intellektuellen Verteidigern Professor Corbett gewiß anregende Diskussionen geführt haben mag, ruht nicht in sich selbst, es steht sehr wackelig auf fremden Bajonetten und ist das Produkt einer fremden Macht. Ohne die Stützung durch diese fremde Macht hätte es keine Lebenskraft, würde es zusammenbrechen. - Der britische Professor mag ein geistreicher Mann sein, aber die deutsche Situation hat er bestimmt nicht erfaßt. Vielleicht sucht er bei einem nächsten Deutschlandbesuch geflohene Professoren und Studenten der Humboldt- und Karl-Marx-Universität auf. Zu empfehlen wäre es, schon um der Korrektur der Irrtümer wegen, denen er erlegen ist.

+ + +

Maghrebinische Einigung, Traum oder Wirklichkeit ? (I)

1. Die Bevölkerung

Von Werner Plum

25 Millionen Menschen, soviel wie die Einwohner Polens, versuchen die politische Einigung eines Raumes, der so groß ist wie der europäische Teil Sowjetrußlands: des Maghreb. Der Name "Maghreb" für die Gebiete Nordwestafrikas wurde erst vor einigen Jahren in Europa geläufig. Zu oft haben im Laufe der Geschichte die Bezeichnungen für diese Landschaft gewechselt, um feste Tradition werden zu können: Numidien, Mauretania, Barberei; schließlich nannten die Araber den äußersten Keil Afrikas zwischen dem Mittelmeer und dem Atlantik "El Maghreb", der Westen.

Seit Jahrtausenden sind Fremdlinge über diesen Raum hinweggezogen: Zuerst - so behauptete der arabische Philosoph Ibn Khaldoun - hat sich Kanaan, ein Enkel Noahs, nach der Sündflut dort niedergelassen. Dann kamen Ägypter, Juden, Griechen, Römer, Spanier, Portugiesen, Araber, Türken und zuletzt Franzosen. Niemand weiß recht, wer die Ureinwohner sind. Keiner kann in diesem Völkergemisch genau Araber, Berber und Türken voneinander unterscheiden. Man macht es sich darum bequem und spricht von "Muselmanen", also Anhängern der islamischen Religion, wenn die einheimische Bevölkerung gemeint ist. Doch auch das ist wenig genau. Die algerischen Schriftsteller Jean Amrouche und Marguerite Taos gehören zu alteingesessenen christlichen Familien, die auch heute noch unweit des Geburtsortes des heiligen Augustinus leben. Der tunesische Vertreter in der Organisation der Vereinten Nationen, Mongi Slim, ist Nachfahre griechischer Sklaven.

Trotz Fluchtbewegung Bevölkerungszuwachs

Je 10 Millionen Muselmanen leben in Marokko und Algerien, 4 Millionen in Tunesien. Nur die 500 000 Juden haben seit Jahrtausender eine geschlossene Lebensgemeinschaft bewahren können. Nicht leicht ist die Zahl der im Maghreb lebenden Europäer zu bestimmen. In Algerien schwanken die Angaben zwischen 0,6 und 1,1 Millionen. 1956 waren in Tunesien noch 255 000 Europäer ansässig. Gegen Ende dieses Jahres wird ihre Zahl auf 50 000 zurückgegangen sein. Seit 1955 dürfte die Hälfte der 450 000 damals in Marokko gezählten Europäer ausgewandert sein.

Trotz dieser Fluchtbewegung und trotz des anhaltenden Krieges in Algerien wächst die Bevölkerungszahl des Maghreb alljährlich um zwei bis drei Prozent.

Nur gelegentlich hatte der Maghreb im hohen Mittelalter ein gemeinsames Staatswesen, wohl aber fast immer gemeinsame Feinde gekannt. Unter dem Eindruck des französischen Kolonialismus, mehr aber noch angesichts der Bildung großer politischer und wirtschaftlicher Blöcke im Osten und Westen, regt sich seit einem Jahrzehnt bei den nationalistischen Politikern des Maghreb der Wunsch nach einer politischen Einigung Nordwestafrikas.

Viele Voraussetzungen sind gegeben: Kulturelle Grenzen sind zwischen Tunesien, Algerien und Marokko kaum sichtbar. Gemeinsam ist allen die arabische Umgangssprache, die islamische Religion, die französische Beeinflussung. Das soll aber nicht heißen, alle seien mit gleichen Lebensgewohnheiten vertraut. Nomaden, Oasenbewohner, Fellachen und Städter, Handwerker und Bergarbeiter haben nur wenige gemeinsame Sitten. Am schärfsten sind die Unterschiede in Marokko zwischen Feudalherren und Lumpenproletariat, am wenigsten spürt man sie in Algerien, wo Kolonialpolitik und Freiheitsbewegung soziale Unterschiede eingeebnet haben. Untereinander heben sich die verschiedenen Temperamente der Maghrebener ab. Tunesier sind die Rheinländer, Algerier die Preußen und Marokkaner die Bajuwaren Nordafrikas.

Wo liegen die Grenzen ?

Wo liegen die Grenzen des zu einigenden Maghreb? Sind es nur die Länder Marokko, Algerien, Tunesien? Gehören auch das Königreich Libyen im Osten und die junge Nomaadenrepublik Mauretanien im Südwesten dazu? Beanspruchen zentralafrikanische Anliegerstaaten Teile der algerischen Sahara? Wo verlaufen genau die gegenwärtigen Staatsgrenzen der im und am Maghreb liegenden Länder? Wird ein Bundesstaat, ein Staatenbund oder nur eine lose Föderation des Großen Maghreb (mit Mauretanien und Libyen) oder des Kleinen Maghreb ins Auge gefaßt?

Vor fünf Jahren war diese Frage den politischen Führern Nordafrikas noch kein Problem. "Selbstverständlich alles und aufs engste" war damals ihre Antwort. Heute löst die Frage Zweifel, Meinungsverschiedenheiten, ja Mißtrauen aus. Nicht nur politische Gegensätze sind Ursache dieser ungünstigen Entwicklung.

Noch vor einem Jahrzehnt war das Nationalbewußtsein der einheimischen Bevölkerung nicht weit entwickelt. Sprach man damals einen Bauern im Rifgebirge oder einen nordafrikanischen Fremdarbeiter in Paris an, so konnte man oft erfahren: "Ich gehöre zur Familie X, oder zur Sippe Y". Selten nannte er sein Dorf oder seine Region. Unter dem Eindruck der grausamen Kolonialpolitik und im Erlebnis der Freiheitsbewegungen wurden die Nordafrikaner sehr schnell bewußte Algerier, Marokkaner, Tunesier. Dieses neue Zugehörigkeitsgefühl zur Nation ist noch zu frisch, um schon gleich durch eine andere internationale Gemeinschaft ersetzt zu werden. Außerdem bieten sich zuviele Formen neuer internationaler Zusammenschlüsse zu plötzlich an: die arabische Welt, die panafrikanische Bewegung, die Gemeinschaft der neutralen Entwicklungsländer.

Dabei bleibt es jedoch unbestritten, die maghrebische Gemeinschaft ist den muslimanischen Einwohnern Nordwestafrikas vertrauter als jeder andere internationale Zusammenschluß.

(wird fortgesetzt)

MdB Kurt Pohle †

sp - Nach langem schweren Leiden ist unser Freund und Kampfgefährte, der Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Kurt Pohle, im Alter von 62 Jahren von uns gegangen. Nicht nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die deutsche Demokratie verliert mit diesem Manne einen ihrer Besten. Kurt Pohle war ein stiller Mensch; wer ihn begegnete, wer das Glück hatte, mit ihm zusammenarbeiten zu können, lernte bald seine grossen Fähigkeiten schätzen.

In Schlesien geboren, ist der Verstorbene als junger Textilarbeiter in der Sozialdemokratischen Partei und in der Gewerkschaftsbewegung der Weg jener Männer gegangen, die der deutschen Demokratie ein festes Fundament gaben. Seine hervorragenden Fähigkeiten führten ihn zum Journalismus; er war in der Weimarer Republik Redakteur der "Waldenburger Bergwacht". Immer aktiv in der vordersten Linie des Kampfes für Recht und Freiheit, hat Kurt Pohle als Stadtrat in Sommerfeld und Striegau, später als Mitglied des Preussischen Landtages und des Reichstages zu den markantesten Persönlichkeiten der schlesischen Arbeiterbewegung gehört. Auch ihm ereilte 1933 das Schicksal so vieler aufrechter Demokraten; er wurde von den Nationalsozialisten verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht. Nach langer Haft wurde er trotzdem bei Kriegsbeginn eingezogen. Wie Millionen seiner Landsleute musste Kurt Pohle 1945 die Heimat verlassen. In Schleswig-Holstein wurde man bald auf ihn aufmerksam und schon im ersten Nachkriegslandtag finden wir ihn als Abgeordneten wieder. Sein besonderes Interesse für Sozialpolitik und das Schicksal der Kriegsversehrten und Hinterbliebenen führten dazu, dass er als Minister für Gesundheit und Wohlfahrt in die damalige Landesregierung von Schleswig-Holstein berufen wurde.

1949 wurde Kurt Pohle in den ersten Bundestag gewählt, wo er sich sehr schnell den unumstrittenen Ruf eines Fachmannes für die Sozialgesetzgebung erwarb und besonders an der Gesetzgebung für die Kriegsopferversorgung einen hervorragenden Anteil hatte. Der Bundestag übertrug ihm den Vorsitz des Ausschusses für Kriegsoffer- und Gefangenensfragen, eine Tätigkeit, in der Kurt Pohle in den schweren Jahren nach dem Zusammenbruch die Krönung seines Lebenswerkes erblickte. Zahlreiche Gesetze und Gesetzesnovellen wurden von ihm entworfen; mit nie ermüdender Tatkraft hat Kurt Pohle trotz seines in den letzten Jahren schwer bedrückenden Leidens ein grosses Werk für die Wohlfahrt von Millionen Menschen vollbracht. Auch in der Arbeiterwohlfahrt war er an führender Stelle tätig.

Still und bescheiden, wie Kurt Pohle zeit seines Lebens wirkte, war sein ganzes Wesen. Ehrungen lehnte er ab, und wenn sie ihm aufgezungen wurden, nahm er sie mit einer gewissen Verlegenheit entgegen. An seiner Bahre trauert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands um einen Mann, dessen schönster Lohn das Bewusstsein war, stets die Pflicht erfüllt zu haben.

- + -

Verantwortlich: Günter Markscheffel